Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.07.2019, Nr. 165, S. 13

Es war keine Wende, es war eine Revolution

Was ist da los? Warum der Streit um die Deutung der friedlichen Proteste dreißig Jahre nach dem Herbst 1989 aufs Neue entbrennt.

Von Rainer Eckert

Revolutionen sind immer eine Sache von Minderheiten. Die oft wenigen, die sich mit den "Zuständen", mit Krieg, Unterdrückung, Diktatur oder autoritärer Herrschaft nicht abfinden wollen und können, stehen gegen die Herrschenden auf, die ebenfalls eine Minderheit sind. Aber sie wenden sich auch gegen die Mehrheit ihrer Mitbürger, die entweder zu den Unterstützern der bisherigen Herrschaft zählt oder in missmutiger Loyalität lebt und im Grunde in Ruhe gelassen werden will. So war es bisher nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Für die Deutschen galt zudem, dass sie als revolutionsunfähiges oder -unwilliges Volk galten. So hatten Öffentlichkeit, Wissenschaft und Gesellschaft immer wieder Probleme, deutsche Revolutionen wie die von 1848/49, die von 1918/19 oder den Volksaufstand gegen die SED-Diktatur am 17. Juni 1953 ins öffentliche Bewusstsein zu heben oder gar positiv zu bewerten. Dazu kam, dass deutsche Aufstände dazu verdammt schienen, zu scheitern. Jedenfalls hatten sie nie den Glanz wie die Revolutionen der Briten, Franzosen oder Amerikaner.

Und dann kam das Jahr 1989 mit dem vollkommen unerwarteten Ausbruch und Sieg einer Revolution in einem deutschen Teilstaat, dessen Diktatoren so fest im Sattel zu sitzen schienen, dass jedes Aufbegehren gegen sie sinnlos erschien. Dieses Ereignis wurde dadurch noch unglaublicher, dass es sich im kleineren Teil des gespaltenen Deutschlands vollzog und weitgehend unblutig blieb. Das führte zu der Frage, wer dieses grundstürzende Ereignis denn nun zu verantworten hätte und welchen Platz es in der Nationalgeschichte einnehmen würde. Hier gab es die Vertreter der Theorie, dass das Handeln großer Männer Geschichte mache, und sie nannten den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, den amerikanischen Präsidenten und sogar den Kanzler der Bundesrepublik. Andere meinten, es wäre keine Revolution gewesen, da ja kaum Blut geflossen war, stattdessen sei die Diktatur implodiert, also wie eine plötzlich

dem Sonnenlicht ausgesetzte Mumie zu Staub zerfallen. Dazu kam, dass die Deutungshoheit über die revolutionären Ereignisse weitgehend in den Händen Westdeutscher lag und dass die Revolutionäre selbst sich scheuten, sich als solche zu bezeichnen. Das machte auch die Karriere des nichtssagenden Begriffs der "Wende" erst möglich, den der letzte Generalsekretär der Diktatur-Partei SED geprägt hatte, um die eigene Politik zur kommunistischen Herrschaftssicherung allgemein verwendbar zu beschreiben.

Es hat Jahre gedauert, diesen Begriff zurückzudrängen und durch den allein richtigen - Revolution - zu ersetzen. Das 30. Jubiläum dieser friedlichen Freiheitsrevolution wird in diesem Herbst und im kommenden Jahr begangen und hoffentlich auch gefeiert werden. Der Streit um ihre Geschichte ist jedoch nicht zu Ende, und er wird zumindest im Moment ganz wesentlich zwischen Ostdeutschen, so in dieser Zeitung zwischen dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk und dem Religionssoziologen Detlef Pollack geführt - und er bleibt auch nicht auf der wissenschaftlichen Ebene, sondern ist auf die der persönlichen Vorwürfe und Kränkungen geraten. Man könnte hier vermuten, dass es um eine Umschreibung der Revolutionsgeschichte geht, die seit den Veröffentlichungen zum 20. Jahrestag von "89" 2009 auf einer soliden Grundlage steht. Allerdings hat die Kontroverse auch den Vorteil, dass im Vorfeld des Jahrestags aufs Neue eine Diskussion beginnt, die hoffentlich zu mehr Klarheit und im Einzelnen zu neuen Einsichten führt.

Bürgerrechtler oder Normalos?

Inhaltlich vertritt Kowalczuk die Auffassung, dass die Revolution wesentlich von der Bürgerbewegung ausgelöst und getragen wurde. Er betont, dass die (zwei- bis dreitausend) Bürgerrechtler den Aufständischen den Raum zu gemeinsamem Handeln boten, dass sie Kultur und Sprache der Revolution prägten sowie ihre Forderungen artikulierten. Besonders hebt er die Bedeutung des am 9./10. September 1989 gegründeten "Neuen Forums" hervor. Pollack hält dagegen die Bedeutung der ostdeutschen Bürgerbewegung für überschätzt, ja für eine "Mär", blickt stärker auf außenpolitische Gegebenheiten, die innere Systemkrise, die Massenflucht von Ostdeutschen und vor allem darauf, dass die "Normalos" dann schließlich auf die Straße gingen. Für die Oppositionellen hält er fest, dass diese die DDR nicht abschaffen, sondern reformieren wollten.

Einig sind sich alle Kenner der ostdeutschen Freiheitsrevolution, dass es keine einfache oder nur auf einem Grund beruhende Interpretation gibt und geben kann. Außenpolitisch wird in der Regel die Bedeutung des sowjetischen Parteiführers Gorbatschow überschätzt. Zwar stärkte seine Reformpolitik oppositionelle Kräfte in ganz Ostmitteleuropa, doch ging es ihm darum, die kommunistische Diktatur zumindest im eigenen Land zu retten, und war auch zur Gewaltanwendung bereit und praktizierte sie. Langfristig von größerer Wirkung waren die westliche Entspannungspolitik und die Folgen des Helsinki-Prozesses, die auch in der DDR oppositionelle Bestrebungen beflügelten. Dazu kam das Erstarken von Bürgerrechtlern und des Widerstands in ganz Ostmitteleuropa, wobei Polen mit der Solidarnosc die entscheidende Rolle zukam.

In der ostdeutschen Diktatur gab es ein langjähriges Wirken oppositioneller Gruppen. Deren Einfluss auf die Masse der Ostdeutschen blieb gering, doch sollte sich das 1988/1989 ändern. Diesen Gruppen gelang es besonders in Ost-Berlin und Leipzig, von 1988 an auf die Straße zu gehen, und dies blieb via westliche Medien auch den Ostdeutschen nicht verborgen. Auch heute sind vielen die Ost-Berliner Proteste gegen die kommunistische Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar 1988 noch in Erinnerung. Dazu kamen 1989 der Nachweis der Fälschung der Kommunalwahlen vom 7. Mai mit den dadurch ausgelösten und bis in den Herbst reichenden Protesten und die Aktionen gegen das Massaker auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens. Oft unterschätzt wird auch die Wirkung der Ökumenischen Versammlungen der ostdeutschen Kirchen. Ausschlaggebend scheint mir jedoch zu sein, dass in evangelischen Kirchen das demokratische Miteinander, die Fähigkeit zur öffentlichen Sprache und zum friedlichen Protest eingeübt wurden. All dies entfaltete im Spätsommer und Herbst 1989 seine Wirkung.

Der kurze Moment der Annäherung

Ausgelöst wurde die Revolution durch drei Faktoren. Dies war zuerst die Massenflucht von Ostdeutschen über die geöffnete ungarische Grenze und bundesdeutsche Botschaften in Prag und Warschau. Dazu kam die innere Systemschwäche der Diktatur, so hatten

viele der Hunderttausenden oder gar Millionen ihrer Anhänger den Glauben an "die Sache" verloren. Und schließlich gründeten von August/September an nicht nur in Berlin Oppositionelle Parteien und Bürgerbewegungen. Hier erreichte das "Neue Forum" die größte Popularität, die ostdeutschen Sozialdemokraten lehnten die Diktatur aber wohl am konsequentesten ab. Jetzt gab es den glücklichen, aber nur kurzen Moment des Zueinanderfindens von Bürgerrechtlern mit der vielleicht einer Million Menschen, die sich in der Revolution engagierten. Aber auch dies war eine Minderheit. Die Mehrheit blieb passiv oder lehnte den Aufstand ab.

Pollack hat recht, wenn er meint, dass zu Demonstrationen oft nicht formal aufgerufen wurde, sie entwickelten sich aber trotzdem in Kooperation mit Bürgerrechtlern und einigen evangelischen Kirchen. Deutlich war das in Leipzig im Zusammenspiel von oppositionellen Gruppen und Ausreisewilligen mit dem festen Ausgangspunkt der Friedensgebete in St. Nikolai. Gerade hier hätte es die großen Demonstrationen von September 1989 an ohne die Bürgerrechtler mit ihren Rufen "Wir bleiben hier" und "Wir sind das Volk" nicht gegeben. Ähnlich war es bei der ersten Demonstration am 8. Oktober in Plauen, während es in Dresden in den Tagen davor darum gegangen war, am Hauptbahnhof die Züge zu erreichen, die mit Flüchtlingen in den Westen rollten.

Es folgten zahlreiche Demonstrationen wie die am Nationalfeiertag der DDR am 7. Oktober, jetzt auch in Ost-Berlin und anderenorts, etwa in Potsdam, und die entscheidende Demonstration von weit mehr als siebzigtausend Menschen am 9. Oktober in Leipzig. Aber immer waren nur Minderheiten der Ostdeutschen auf den Straßen. Das schien sich auf dem Alexanderplatz am 4. November zu ändern: Aber jetzt ging es in genehmigter Form um systemimmanente Reformen. Die Mehrzahl der bisher nörgelnden opportunistischen Ostdeutschen kam erst ins Spiel, als unter dem Druck der Straße die SED ihre Mauer am 9. November aufgeben musste.

Ob es jetzt zu einem rollback im Sinne der SED, wie es wohl Gregor Gysi und anderen seiner Genossen vorschwebte, oder dem weiteren Voranschreiten der Revolution kommen würde, hätte nach dem Ende der Mauer aufs Neue zu einer offenen Frage werden können. Dass die Demonstrationen jedoch weitergingen, war nicht zum geringen Teil

Verdienst der Bürgerrechtler. Dazu kamen ihre Arbeit an den runden Tischen, die Organisation der Erstürmung der Zwingburgen der Geheimpolizei, programmatische politische Arbeit und die Vorbereitung der ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Jetzt kam die Masse der Ostdeutschen - nach Massenflucht im Sommer und Massenfluten in den Westen nach dem Mauersturm - zum dritten Mal als entscheidend Handelnder ins Spiel. Ihre Entscheidung fiel dann aber nicht für die Fortsetzung der Revolution im Sinn der Bürgerrechtler aus, sondern für eine schnelle Wiedervereinigung und westlichen Lebensstandard. Die Wählergruppe, die jetzt so entschied, sollte später die sein, die im Transformationsprozess am meisten verlor.

Rainer Eckert ist Historiker und Politikwissenschaftler und leitete bis 2015 das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig. Dieser Tage erscheint seine Publikation "SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit im vereinten Deutschland: Eine Auswahlbibliographie" im Mitteldeutschen Verlag.